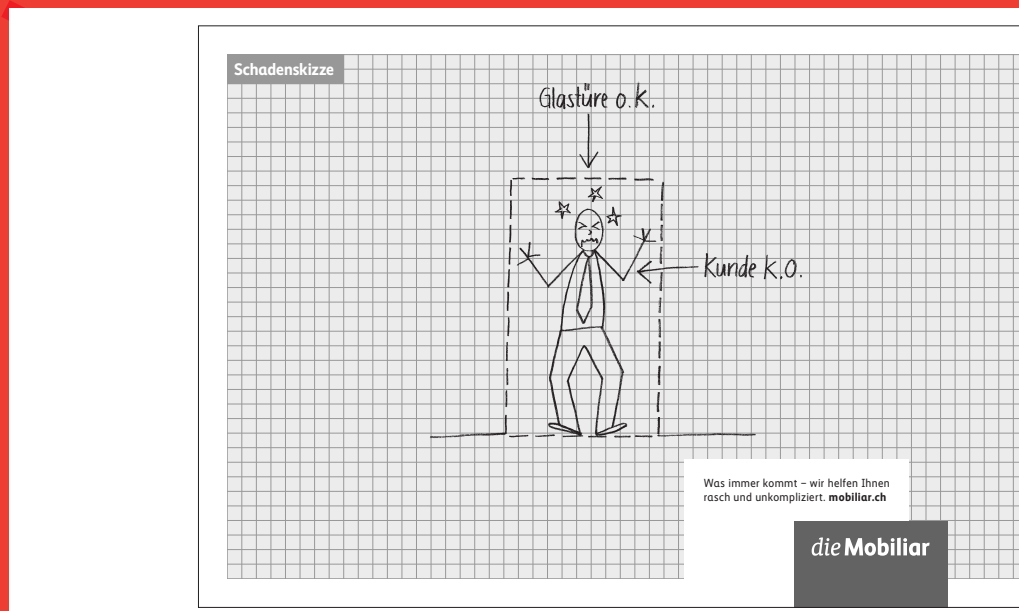




## Handels- und Industrieverein des Kantons Schwyz



# AUSLESE

# Adressen H+I Kanton Schwyz

## H+I-Präsident

Andreas Kümin  
Mc PaperLand  
Mühlenerstrasse  
8856 Tuggen  
Tel. 041 465 66 66  
Fax 041 465 66 67  
andreas.kuemin@mcpaperland.ch  
www.mcpaperland.ch

## H+I-Geschäftsführer

Roman Weber  
lic. iur. Rechtsanwalt  
Anwaltskanzlei Weber  
Schützenstrasse 2  
Postfach 618  
6431 Schwyz  
Tel 041 820 34 44  
Fax 041 820 34 55  
info@h-i-sz.ch

## Partner für alle Finanzfragen

Schwyzer Kantonalbank  
Bahnhofstrasse 3  
Postfach 263  
6431 Schwyz  
Tel. 058 800 20 20  
kundenzentrum@szkb.ch  
www.szkb.ch

## Für die H+I-AUSLESE nehmen in den einzelnen Regionen gerne Meldungen entgegen

Schwyz–Brunnen–Steinen–  
Küssnacht–Gersau–Arth–Goldau:  
Roman Weber  
Tel. 041 820 34 44  
info@h-i-sz.ch

March, Höfe, Einsiedeln:  
Georges Kaufmann  
Tel. 055 410 11 69  
georg.kaufmann@winterthur.ch

## Gesamtverantwortung

für die H+I-Auslese  
(Herausgabe und Redaktion):  
Sekretariat H+I  
Redaktion Teil «SZ»:  
Franz Steinegger, Schwyz  
Tel. 041 819 08 76  
Abschlussredaktion:  
RA Dr. iur. Reto Wehrli, Schwyz  
Tel. 041 811 80 80  
Satz, Druck, Spedition:  
Bruhin AG, druck|media,  
Freienbach  
Tel. 055 415 34 34  
www.bruhin-druck.ch

## Sekretariat Wirtschafts- wochen

Georg Stäheli  
Treuhandbüro  
Kirchstrasse 42  
Postfach  
8807 Freienbach  
Tel. 055 415 78 00  
Fax 055 415 78 01  
g.staeheli@staeheli-treuhand.ch

## Indexe

<http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/05/02.html>

## Inhaltsverzeichnis

<b>Editorial</b> .....	3
<b>SZ</b>	
Wirtschaftsmeldungen .....	4–5
<b>CH</b>	
Themen .....	7–8
<b>Aktuell</b> .....	9–10
<b>Kommentar</b>	
Rohstoff Bildung .....	11

## Der Schweizer Detailhandel in der Krise



Der Schweizer Detailhandel ist seit der Aufhebung des Euro-Mindestkurses von Fr. 1.20 enorm unter Druck. Mit einem Jahresumsatz von rund 100 Milliarden Franken ist der Detailhandel ein wichtiger Wirtschaftszweig und Arbeitgeber. Es ist eine Kumulation von Umständen, die dem Handel das Leben schwer machen. Der im grenznahen Ausland getätigte Umsatz hat eine Höhe von rund 10 Milliarden Franken erreicht, also 10% vom gesamten Detailhandelsumsatz wird inzwischen im Ausland getätigt. Sogar aus der Zentralschweiz haben Leute heute mehrmals wöchentlich die Möglichkeit mit Bussen für wenig Geld nach Deutschland zu fahren, um dort günstig einzukaufen. Der Auslandeinkauf liegt im Trend und ist damit neu nicht nur für die grenznahen, sondern auch für die grenzfernen Gebiete zum Thema geworden.

Dazu kommt das Onlinegeschäft, das ständig an Bedeutung gewinnt. Es scheint ein Bedürfnis der Konsumenten in der heutigen Zeit zu sein, sich Sachen zu bestellen und nach Hause liefern zu lassen. Zudem lassen sich nirgendwo besser als im Internet Preise

vergleichen. Oftmals lässt man sich im stationären Detailhandel durch ausgebildetes Fachpersonal über Produkte beraten, gekauft wird dann aber beim günstigsten Anbieter dieses Produktes im Internet.

Besonders betroffen sind die Unterhaltungselektronik-, die Buch-, die Schuh- und Textilbranche. Es ist zur Selbstverständlichkeit geworden, dass Produkte, die nicht dem Kundenwunsch entsprechen, kostenlos wieder zurückgeschickt werden können. In den genannten Branchen werden zurzeit viele Filialen geschlossen oder Unternehmen müssen gar Konkurs anmelden. Damit gehen unzählige Arbeitsplätze im Verkauf, in der Lieferlogistik sowie in den Verwaltungen der jeweiligen Unternehmen verloren.

Die Abwanderung der Umsätze ins Ausland und ins Internet hat die direkte Folge, dass viele Einkaufszentren unter einem Rückgang der Kundenfrequenz leiden und damit Jahr für Jahr Umsatz verlieren.

Mit den tieferen Besucherzahlen sinken auch die Spontankäufe, die bei einem Gang durch ein Einkaufszentrum getätigt werden. So sind stationäre Händler, die eigentlich nicht direkt vom Internet- und Auslandeinkauf betroffen wären, solidarisch mitleidend und müssen teils deutliche Umsatzrückgänge hinnehmen. Der Detailhandel muss sich, um weiter bestehen zu können, diesen Problemen stellen und aktiv reagieren. Die Aufhebung der Mehrwertsteuerbefreiung ausländischer Online-Händler für kleinere Sendungen, wie sie das Parlament kürzlich beschlossen hat, ist sicherlich ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung, vermag aber das grundsätzliche Problem des Detailhandels mit fixen Standorten alleine nicht zu lösen.

Andreas Kümin

### 69 Arbeitsplätze verschwinden

Die Firma Swagelok wird ihren Produktionsstandort in Lachen schliessen. Dies gab das US-Unternehmen am 14. Juni in einer Medienmitteilung bekannt. In der Niederlassung in Lachen sind 69 Mitarbeitende beschäftigt. Wie ihre Zukunft aussehen wird, ist noch offen. «Die Konsultationsphase, in der unsere Mitarbeitenden Vorschläge einreichen können, hat gerade erst begonnen», erklärt Raimond Gatter, General Manager bei Swagelok, auf Anfrage des March Anzeigers. Man suche momentan nach Möglichkeiten, wie Entlassungen verhindert oder die Auswirkungen gemildert werden könnten. Gemäss Medienmitteilung wurde bereits Anfang Juni das Gespräch mit dem Arbeitsamt des Kantons Schwyz gesucht, um über die Schliessung zu beraten. Es wurde ein Sozialplan vorbereitet und zur Vernehmlassung den Angestellten abgegeben. Zu den konkreten Gründen der Schliessung will sich Gatter nicht äussern. Die Fertigung werde in andere Produktionsstätten verlagert. Wohin, bleibt ebenso unklar. Swagelok hat ihren Hauptsitz in Solon, Ohio. Sie ist führender Entwickler und Hersteller von Fluidsystemlösungen, einschliesslich Produkten, Bauteilen und Dienstleistungen für Forschung, Instrumentalisierung, Prozesstechnik, Öl- und Gasgewinnung, Energie, Petrochemie, alternative Kraftstoffe und Halbleiterindustrie. Swagelok hat mehr als 200 Vertriebs- und Servicezentren in 70 Ländern.

### Weniger Arbeitsplätze auf dem Lande

Die Tendenz geht klar dahin, dass sich Firmen vermehrt an Verkehrsachsen ansiedeln und die Arbeitsplätze in abgeschiedenen Regionen schwinden. «In Randregionen wird es immer schwieriger sein, Arbeitsplätze zu schaffen», erklärt Urs Durrer, Vorsteher des Amtes für Wirtschaft, im Interview mit dem Bote der Urschweiz. Diese Aussage untermauern die aktuellsten Zahlen vom Bundesamt für Statistik: Am wenigsten Vollzeitstellen pro Einwohner bieten im Kanton die Gemeinden Lauerz (0,14), Illgau (0,17) sowie Innerthal und Vorderthal (je 0,18). In Freienbach (0,68), Schwyz (0,64) und Feusisberg (0,52) bieten Arbeitgeber am meisten Stellen pro Einwohner. Ein Exot ist die kleine Gemeinde Morschach, welche dank der grossen Tourismusbetriebe 0,46 Stellen pro Einwohner hat. Über den ganzen Kanton gesehen, war das Wachstum der Stellen im Vergleich zur Zunahme der ständigen Wohnbevölkerung zwischen 2011 und 2014 mit einem halben Prozent klein. Innert dieser vier Jahre gab es in Lachen (+356 Stellen), Feusisberg (+354) und in Schwyz (+341) die grösste absolute Zunahme an Arbeitsplätzen. Das Amt für Wirtschaft

erwartet an den Verkehrsknotenpunkten Küssnacht und Pfäffikon kurzfristig das grösste Stellenwachstum. Gezielt strebt der Kanton neue Arbeitsplätze in Arth, Seewen (Schwyz) und Ingenbohl an. In Einsiedeln sieht man mit dem Steinel-Areal grosses Entwicklungspotenzial, meint Durrer. Auch Pfäffikon werde weiterhin wachsen, prognostiziert der Amtsvorsteher. Zwei Drittel der Arbeitnehmenden sind im Dienstleistungssektor tätig.

### Bauzonen-Moratorium wird aufgehoben

Im Kanton Schwyz kann wieder geplant werden. Die Regierung hebt das seit 2014 gültige Bauzonen-Moratorium per sofort auf. Der Bundesrat hat den teilrevidierten Schwyzer Richtplan genehmigt und damit grünes Licht für Neu- und Umzonungen gegeben. Mit dem Richtplan wird vorgezeichnet, wo in den nächsten 25 Jahren Entwicklung stattfinden soll. Damit gehört Schwyz zu den ersten Kantonen, um die sich der Bund gekümmert hat. «Die Gemeinden können nun ihre Planungs- und Zonenarbeiten wieder an die Hand nehmen», sagt Volkswirtschaftsdirektor Andreas Barraud. Der Kanton bietet an, bei den bevorstehenden Ortsplanungen und Zonenplananliegen den Gemeinden weiterhin helfend beiseite zu stehen. Zunächst gilt es allerdings noch, das Planungs- und Baugesetz unter Dach zu bringen. Es befindet sich derzeit in der Vernehmlassung. Barraud hofft, dass er das Geschäft noch dieses Jahr dem Parlament zur Genehmigung unterbreiten kann. Die Zeit drängt, bis Mitte 2019 muss es gemäss Bundesvorgaben unter Dach sein. «Haben wir das erreicht, haben wir im Kanton Schwyz wieder volle Planungsfreiheit», gibt Barraud den Takt vor.

### BZ-Bank präsentiert sehr gute Halbjahresbilanz

Im Zeitraum 1. Dezember 2016 bis 31. Mai 2017 weist die Bank von Martin Ebner einen Gewinn von 18,8 Mio. Franken aus. Über 17,5 Mio. stammen aus dem Erfolg des Kommissions- und Dienstleistungsgeschäfts, dem Kerngebiet der Bank, die über ein 15-köpfiges Team verfügt. Selbst im Zinsengeschäft, das durch Negativzinsen geprägt wird, erreichte die BZ Bank ein leichtes Plus. Die Zahlen belegen, dass sich die Höfner Bank auf guten Wegen befindet. Das wird auch den Fiskus freuen, sind doch Steuerabgaben für Bund, Bezirk und Gemeinde von beinahe 2,5 Mio. Franken in der Halbjahresbilanz enthalten. Die BZ Bank wurde 1985 vom Freienbacher Martin Ebner gegründet. Zwölf Jahre später verlegte er den Firmensitz von Zürich nach Wilen bei Wollerau. Im Januar 2001 gab Ebner die operative Führung ab. Er ist aber weiterhin Mitglied der Geschäftsleitung.

### **Migros übernimmt Aktienmehrheit des Schwyzer Milchhuus**

Estavayer Lait S.A. (Elsa) übernimmt die Mehrheit der Schwyzer Milchhuus AG, indem sie ihre Beteiligung auf 60 Prozent erhöht. Das im Jahr 1899 gegründete Schwyzer Milchhuus in Seewen wird damit Teil der Migros. Es wird weiterhin vom bisherigen Mehrheitsaktionär Erich Reichmuth geführt und tritt eigenständig am Markt auf. Alle Arbeitsplätze bleiben erhalten. Bereits 2010 wurde mit einer Minderheitsbeteiligung von Elsa die Basis für eine langfristige Partnerschaft mit dem erfolgreichen Schwyzer Familienunternehmen gelegt. Grund für die Aktienabgabe ist für Reichmuth, dass er keine Nachfolge aus der eigenen Familie gefunden hat. Deshalb hat er bereits 2010 einen Drittel der Aktien an Elsa mit der Option verkauft, dass diese bis 2020 das ganze Aktienpaket übernehmen kann. Seit die Migros dabei ist, konnten fünf zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden. Rund einen Drittel des Umsatzes generiert das Milchhuus dank Nischenprodukten und dem Label «Schweiz» in Deutschland. Unter Erich Reichmuths Führung ist das Familienunternehmen in den letzten 30 Jahren von 5 auf 50 Mitarbeiter gewachsen.

### **SOB erhält 285 Mio. Franken für Bauten**

An der Generalversammlung der Schweizerischen Südostbahn AG (SOB) in Wattwil präsentierte Verwaltungsratspräsident Hans Altherr ein positives Jahresergebnis. Das Bahnunternehmen erwirtschaftete 2016 einen Jahresgewinn von 3,3 Mio. Franken (Vorjahr 4,1 Mio.). Davon entfallen 2,2 Mio. Franken auf die Sparte Regionaler Personenverkehr und 1,2 Mio. Franken auf die Sparte Infrastruktur. Im Berichtsjahr reisten 13,41 Mio. Fahrgäste mit der SOB (Vorjahr: 12,96 Mio.), was einer Zunahme von 3,5 Prozent entspricht. Die Verkehrserlöse sanken leicht von 50,4 Mio. auf 49,4 Mio. Franken. Die SOB erhält dank der Leistungsvereinbarung mit dem Bund für die Infrastruktur in den Jahren bis 2020 insgesamt 285 Mio. Franken. Das Geld fliesst in Betrieb, Instandhaltung, Erneuerung und Ausbauten. Bis Ende 2019 werden die bestehenden Voralpen-Express-Züge ersetzt. Die Südostbahn beschafft dafür beim Fahrzeughersteller Stadler mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von 170 Mio. Franken moderne Triebzüge. Bereits 2016 wurde der Liefervertrag für insgesamt elf Züge unterschiedlicher Länge unterzeichnet. Ebenso zukunftsgerichtet ist die Mobilitätsplattform «abilio», welche in den nächsten Monaten den kommerziellen Betrieb startet. Abilio ist das kontaktlose Ticket, Grundlage ist eine neue

App. Zudem hat die SOB 2016 zwei Fernverkehrskonzepte für die Achsen Basel/Zürich, Gotthardbergstrecke–Lugano und Zürich–St. Gallen–Chur erarbeitet und dem Bundesamt für Verkehr (BAV) eingereicht.

### **Razzia bei Reinigungsfirma**

Mitte Juni kontrollierte die Kantonspolizei Schwyz in einem Industriebetrieb in Küssnacht die Mitarbeiter einer Reinigungsfirma. 52 der 55 kontrollierten Männer hatten keine gültige Arbeitsbewilligung. Die Polizei stuft das Vergehen als «aussergewöhnlichen Fall von Schwarzarbeit» ein. Die Betroffenen wurden vor Ort von den Polizisten angewiesen, ihre Arbeit sofort niederzulegen und die Schweiz unverzüglich zu verlassen. Der Tipp, dass auf dem Firmengelände möglicherweise Schwarzarbeiter im Einsatz stünden, sei von einer anderen Amtsstelle an die Polizei herangetragen worden. Die vom Brand betroffene Firma wusste offenbar nichts von der illegalen Einstellung der Arbeiter der Reinigungsfirma.

### **Schwyz ist Gastkanton an der Luga 2018**

Im Frühling 2018 ist der Kanton Schwyz mit einer grossen Sonderschau Gast an der Luga. Bei seinem Gastauftritt setzt er auf Virtual Reality und Schwyzer Gastronomie. Die Luga ist die grösste Publikumsmesse der Zentralschweiz. Jährlich zieht die Zentralschweizer Frühlingsmesse Tausende von Besuchern an. Für den Gastauftritt steht dem Kanton eine Ausstellungsfläche von 800 Quadratmetern zur Verfügung. In der Sonderschau sollen die Messebesucher den Kanton Schwyz sowohl echt als auch virtuell erleben können. Das Ausstellungs-konzept gelangte bereits im vergangenen Herbst zur Anwendung, als sich der Kanton Schwyz mit grossem Erfolg an der Zuger Messe präsentierte. Die Ausstellung in Zug ist bei den Besuchern sehr gut angekommen. Die Luga findet vom 27. April bis am 6. Mai 2018 statt.

*Die Wirtschaftsmeldungen wurden aus Beiträgen im Bote der Urschweiz, dem Einsiedler Anzeiger, dem Höfner Volksblatt, dem March Anzeiger und der Schweizerischen Depeschagentur (sda) zusammengestellt.*

# Die Mobiliar – eine starke Partnerin

Die Mobiliar in Lachen und Schwyz wächst weiter. Davon profitiert nicht nur das lokale Gewerbe: Auch Versicherte können sich freuen, sie erhalten dank dem Erfolg der Mobiliar Geld zurück.

2016 verzeichneten die Generalagenturen Schwyz und Lachen ein starkes Wachstum. Dank genossenschaftlicher Verankerung profitieren nicht Aktionäre, sondern die Kunden vom guten Ergebnis. «So fliessen 3.5 Millionen Franken direkt an unsere Kundinnen und Kunden zurück», sagt Roland Egli, Generalagent der Mobiliar Lachen. Sie erhalten ab Mitte 2017 ein Jahr lang eine Prämienreduktion von 20 Prozent auf die Haushaltversicherung.

## Die Mobiliar als Partnerin des lokalen Gewerbes

Im letzten Jahr kümmerten sich die Mitarbeitenden der beiden Generalagenturen um 11276 Schäden. Generalagent Stephan Annen: «Wir erledigen mehr als neun von zehn Schäden direkt vor Ort und vergeben die Reparaturarbeiten an das lokale Gewerbe. Wir sind darum ein wichtiger Partner für Unternehmen in unserer Region.»

## Ausbildung als Investition in die Zukunft

Sieben Lernende werden auf den Generalagenturen Schwyz und Lachen ausgebildet. «Die Ausbildung von jungen Leuten ist uns wichtig. So investieren wir in unsere Zukunft und stellen sicher, dass wir weiterhin einen Topservice bieten können», sagt Generalagent Stephan Annen.



Stephan Annen



Roland Egli

### Generalagentur Schwyz

Stephan Annen

Schmiedgasse 30

6430 Schwyz

T 041 819 79 79

schwyz@mobiliar.ch

### Generalagentur Lachen

Roland Egli

Sagenriet 3

8853 Lachen

T 055 451 93 00

lachen@mobiliar.ch

mobiliar.ch

**die Mobiliar**

# Unbegründete Einschränkungen beim Erwerb von Grundstücken durch ausländische Personen

## Der Bundesrat will die «Lex Koller» verschärfen

Bringt der Kauf von Immobilien durch Ausländer den Schweizer Immobilienmarkt durcheinander? Der Bundesrat scheint so zu denken. Denn er hat in diesem Frühjahr ein Projekt zur Verschärfung des Bundesgesetzes über den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland (BewG) in die Vernehmlassung gegeben. Das Gesetz ist auch bekannt unter dem Namen «Lex Koller».

Die Vorlage will in erster Linie das Postulat von Nationalrat Antonio Hodgers erfüllen. Das Postulat verlangt, dass Staatsangehörige aussereuropäischer Länder Zugang zu Genossenschaftswohnungen erhalten. Aber obwohl die Umsetzung des Postulats nur eine Anpassung der Verordnung bedingt, hat der Bundesrat sich für eine Gesetzesrevision entschieden. Die Revision beinhaltet weitere «Anpassungen». Diese bezwecken mehr Rechtsklarheit sowie die «Verringerung des administrativen Aufwands der kantonalen Behörden und der Bundesbehörden», aber auch und vor allem das Recht von Drittstaatsangehörigen einzuschränken, eine Hauptwohnung zu erwerben.

In diesem Zusammenhang sieht das Projekt vor, dass der Erwerb einer Hauptwohnung durch einen Drittstaatsangehörigen wieder bewilligungspflichtig wäre. Wenn der ausländische Eigentümer die Schweiz verlässt, könnte er seine eigene Immobilie nicht vermieten und wäre verpflichtet, diese mit einer Frist von zwei Jahren weiterzuverkaufen. Der Kreis der nicht der Bewilligungspflicht unterstellten Personen wäre ausserdem begrenzt. Ein ausländischer Eigentümer könnte seine Immobilie nicht mehr frei an einen Verwandten, Partner oder ein Kind verkaufen, wenn Letzteren bereits eine Zweitwohnung in der Schweiz gehört. Schliesslich stellt das Projekt zur Diskussion, die Bewilligungspflicht für Immobilien wiedereinzuführen, die als ständige Betriebsstätte für ein Unternehmen dienen.

## Die ausländischen Investoren spielen nur eine unbedeutende Rolle

Es tauchen neue administrative Hürden auf, die in monetärer und zeitlicher Hinsicht kostspielig sind. Sie zielen darauf ab, wohlhabende Ausländer davon abzuhalten in der Schweiz zu investieren – auch wenn sie sich manchmal hier niederlassen wollen. Sind diese Massnahmen angebracht und sachdienlich? Unabhängig vom Urteil über den damit verfolgten Zweck scheinen einige der administrati-

ven Hürden ungeschickt zu sein. Ausländer, welche die Schweiz verlassen, müssen ihre Immobilie verkaufen und riskieren eine erzwungene Vollstreckung durch die beteiligten Behörden. Die Möglichkeit, die Verfahren im Falle eines Wechsels der Zweckbestimmung einzustellen, wird jene Verfahren verlangsamen, welche bereits jetzt als zu lang betrachtet werden. Eine ebensolche Verlangsamung wird durch die Zunahme der Gründe für eine Überprüfung des Falles verursacht, was für alle Beteiligten der Transaktion die Rechtsunsicherheit erhöht.

Im Grunde genommen ist es fraglich, ob es notwendig ist, Ausländer beim Erwerb von Immobilien zu bremsen und zu entmutigen. Immobilienexperten sind heute der Meinung, dass die ausländischen Investoren auf dem Schweizer Immobilienmarkt eine unbedeutende Rolle spielen und in jedem Fall keine Preissteigerungen auf dem Mietwohnungsmarkt verursachen. Im Gegenteil, das Angebot wächst. Dies führt zu fallenden Mietpreisen für Gewerbe-, Büro- und Verkaufsflächen. Durch Bevölkerungswachstum und Einschränkungen in der Raumplanung haben die Wohnungsmieten in den letzten Jahren unter Druck gestanden. Aber es bestehen auch erste Anzeichen für fallende Mietzinsen.

## Der Immobilienmarkt ist schon genug reglementiert

Die Immobilienwirtschaft steht für 15% des Schweizer BIP und Hunderttausende Beschäftigte. Sie ist bereits stark reguliert, nicht nur in der Raumplanung, sondern auch durch eine Gesetzgebung, die die Kreditvergabe einschränkt. Ist es sinnvoll, dieser Branche zusätzliche Hindernisse in den Weg zu stellen? Wenn die ausländischen Investoren keine dominierende Rolle spielen, sind sie dennoch an der Dynamik des Immobilienmarktes beteiligt. Sie investieren in Gewerbeflächen, Hotels oder auch Betriebsstätten, die zur Niederlassung von Unternehmen führen. Wenn Missbräuche festgestellt werden, sind diese zu dokumentieren, und es ist nach dem besten Mittel zu suchen, um diese zu bekämpfen. Der Gesetzgeber muss dagegen vermeiden, einschneidende Beschränkungen für die zahlreichen ausländischen Investoren einzuführen, welche für den Schweizer Immobilienmarkt eine nützliche Rolle spielen. Das war die Meinung des Parlaments, als es 2014 zwei Motionen zurückgewiesen hat, welche die Verschärfung der «Lex Koller» zum Ziel hatten. Es ist nicht angebracht, dass der Bundesrat es heute mit der gleichen Art von Vorschlägen noch einmal versucht. (Centre Patronal)

## Mit falschen Fakten lassen sich Lohnunterschiede nicht verringern

**Während sich die Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern langsam, aber stetig rückläufig entwickeln, gehen die Gewerkschaften mit der Verbreitung falscher Fakten auf Stimmenfang für ihre Lohngleichheitsforderungen. Sie verkennen damit die wahren Ursachen für die noch bestehenden, nicht erklärbaren Lohnunterschiede und verschliessen sich für wirklich zielführende Massnahmen.**

Offensichtlich benötigen gewisse Gewerkschaftsvertreter Nachhilfeunterricht, wenn es um die Interpretation von offiziellen Statistiken geht. Um für eine mögliche Volksinitiative zur Durchsetzung der Lohngleichheit zu werben, suggerieren sie, Frauen seien Opfer von Diskriminierung, weil sie im Durchschnitt knapp 20 Prozent weniger verdienen als Männer. In einem Kommentar im St. Galler Tagblatt könnte für den schnellen Leser sogar der Eindruck entstehen, die Lohndiskriminierung der Frauen betrage 40 Prozent.

Höchste Zeit, der Verbreitung solcher falscher Fakten Einhalt zu gebieten: Was bedeuten die 19,1 Prozent durchschnittlicher Lohnunterschied zwischen Frauen und Männern, den das Bundesamt für Statistik (BFS) für die Privatwirtschaft ausweist, tatsächlich? Dieser Lohnunterschied resultiert, wenn die Löhne sämtlicher Frauen auf der einen Seite und die Löhne sämtlicher Männer in diesem Land auf der anderen Seite je in einen Topf geworfen werden und jeweils der Durchschnitt davon ermittelt wird. In diesen Töpfen finden sich also Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ganz unterschiedlichen Alters, mit ganz unterschiedlichen Ausbildungen aus sämtlichen Branchen und Berufen. Mit anderen Worten: Es werden Floristinnen mit Physikern, Berufseinsteiger mit überaus erfahrenen Fachpersonen, Akademikerinnen mit Hilfsarbeitern

verglichen. Dass sie nicht alle den gleichen Lohn erhalten, liegt auf der Hand und hat nichts mit Diskriminierung zu tun.

Bei der ebenfalls vom BFS ausgewiesenen – und ebenfalls von den Gewerkschaften für ihre Zwecke verwendeten – Zahl von 39,1 Prozent handelt es sich um jenen Anteil an den knapp 20 Prozent Gesamtlohnunterschied, der mit den vom Bundesamt untersuchten Faktoren wie Alter oder Ausbildung nicht erklärbar ist. Es ist jedoch davon auszugehen, dass es weitere Unterschiede zwischen Frauen und Männern gibt, die gerechtfertigterweise zu unterschiedlichen Löhnen führen. Eine Studie im Auftrag der Kommission und der Fachstelle für Gleichstellung des Kantons Zürich zeigt dies anhand von Erwerbsunterbrüchen. Frauen verdienen demnach auch deshalb weniger als Männer, weil sie vergleichsweise häufiger für eine gewisse Zeit das Arbeitspensum reduzieren oder sogar ihre Erwerbstätigkeit unterbrechen.

Wer die Zahlen richtig interpretiert, kommt unweigerlich zum Schluss: Lohnunterschiede dürfen nicht mit Lohndiskriminierung gleichgesetzt werden. Die Gewerkschaften werden indes nicht müde, genau dies immer wieder zu tun, um ihre Forderung nach Lohnkontrollen in den Unternehmen zu rechtfertigen. Sie verschliessen sich damit aber wirklich zielführenden Massnahmen, um die geschlechtsspezifischen Lohnunterschiede weiter zu verringern: Massnahmen etwa zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, damit Frauen genauso wie Männer ihre Erwerbsbiografie ohne Unterbrüche gestalten können, wenn sie dies denn wünschen.

*(Schweizerischer Arbeitgeberverband)*



## Schweizer Exportindustrie auf Erholungskurs

Die Aussichten für die Schweizer Exportwirtschaft haben sich aufgehellt. Dank der Erholung der Weltkonjunktur steigt die Nachfrage nach Schweizer Produkten und Dienstleistungen. Für die Schweiz besonders relevant ist die wirtschaftliche Erholung in Europa. Etwas im Schatten des Booms in Deutschland wachsen die meisten EU-Staaten – auch wirtschaftliche Sorgenländer wie Frankreich, Portugal und Spanien – ansehnlich. Der grösste Wermutstropfen ist die nach wie vor schwache Entwicklung in Italien, wo der Bankensektor weiterhin unter einer grossen Last fauler Kredite ächzt. Die Erholung in Europa und der Ausgang der Wahlen in Frankreich haben dazu beigetragen, dass der Druck auf den Franken etwas nachgelassen hat. Die Unternehmen haben zudem die letzten zwei Jahre genutzt, um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Bei einer positiven Wirtschaftsentwicklung im Ausland fällt auch der preisliche Wettbewerbsnachteil der Schweiz weniger ins Gewicht. Dies, obwohl der Franken nach wie vor deutlich überbewertet ist.

Die Unternehmen des Exportsektors schaffen erfreulicherweise auch wieder neue Stellen – eine Tendenz, die sich bis ins nächste Jahr verstärken wird. Allerdings ist die Beschäftigungsentwicklung je nach Branche unterschiedlich. Während in der Uhren- und Textilindustrie sowie in der Hotellerie auch im nächsten Jahr noch kein Beschäftigungswachstum auszumachen ist, schaffen die grössten Warenexportbranchen – die chemisch-pharmazeutische Industrie und etwas verzögert auch die Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie – 2018 aller Voraussicht nach neue Stellen. In der Bankenindustrie und bei den Versicherungen dominieren hingegen strukturelle Anpassungen, sodass die Beschäftigung hier tendenziell sinkt.

### Stabile Binnenwirtschaft, Wachstumsimpulse aus der Exportwirtschaft

Strukturelle Anpassungen sind auch in der Binnenwirtschaft zu beobachten. Im Handel, in der Telekommunikationsindustrie, im Detailhandel, in der Druckindustrie oder im Bauhauptgewerbe sinkt die Beschäftigung. Wertschöpfungsmässig stabilisiert sich der Bau insgesamt auf hohem Niveau. Die Reduktion der Zuwanderung und die steigenden Leerstandsziffern machen sich hier bemerkbar. Obwohl die strukturellen Anpassungen kontinuierlich weitergehen, sorgen zahlreiche positive Tupfer im Gesamtbild für eine stabile Entwicklung der Binnenwirtschaft. So wird das Gesundheitswesen weiter kräftig zulegen. Die Bera-

tungsdienstleistungen und erfreulicherweise auch die Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen steigen wieder an. Die stabile Entwicklung äussert sich in einem verhalten wachsenden Konsum der privaten Haushalte, der dieses und nächstes Jahr jeweils rund ein Prozent zulegen wird. Rückläufige Zuwanderung, einige schwächelnde Binnenbranchen, Einkäufe im Ausland und schwächere Impulse der öffentlichen Hand dämpfen eine dynamischere Entwicklung. Wirkliche Wachstumsimpulse gehen von der Exportwirtschaft aus. Diese ist hauptsächlich dafür verantwortlich, dass die Ausrüstungsinvestitionen zulegen. Insgesamt steigt das BIP in diesem Jahr um geschätzte 1,7 Prozent, während 2018 ein Wachstum von zwei Prozent möglich sein sollte. Die positiven Aussichten führen auch dazu, dass die zähe Arbeitslosenquote in der Schweiz bis ins nächste Jahr allmählich auf drei Prozent im Jahresdurchschnitt sinkt.

Das monetäre Umfeld bleibt locker. *economiesuisse* geht davon aus, dass die EZB ihre expansive Geldpolitik bis ins nächste Jahr fortführt und entsprechend auch die SNB noch keine Zinswende einläuten kann. Obwohl die Zinsen weiterhin im negativen Bereich verbleiben, ist trotz besserer Wirtschaftsaussichten nicht mit einem inflationären Schub zu rechnen. Dafür ist die Unterauslastung der Schweizer Wirtschaft noch zu gross. Die Teuerung wird bis 2018 bei lediglich etwa einem halben Prozentpunkt verharren.

### Abwärtsrisiken aus dem In- und Ausland

Die positive Einschätzung der konjunkturellen Lage der Schweiz hängt wesentlich mit der Erholung der Weltwirtschaft zusammen. Offensichtlich würden ein Wiederaufflammen der Eurokrise oder eine Wachstumsverlangsamung in den USA den Treiber des schweizerischen Wirtschaftswachstums, die Exportindustrie, belasten. Wachstumsraten in der Grössenordnung von zwei Prozent wären in diesem Fall nicht zu erreichen. Auch die steigende Verschuldung des Unternehmenssektors vor allem in China könnte sich als wirtschaftlicher Bumerang erweisen. Ein wesentliches Abwärtsrisiko ist aber hausgemacht: Die in den letzten Jahren stark gestiegenen Immobilienpreise weisen einen blasenähnlichen Charakter auf. Steigende Leerstandsziffern deuten nun auf eine Trendwende hin. Wenn die Zinsen steigen, allerdings in Europa und damit in der Schweiz wohl erst gegen Ende 2018, ist ein abruptes Absinken der Preise nicht auszuschliessen.

(*economiesuisse*)

## Mehr finanzpolitische Freiheit durch weniger fixe Ausgaben

**Gesetzlich gebundene Ausgaben nehmen stetig zu. Das verringert den finanzpolitischen Handlungsspielraum bei der Budgetgestaltung des Bundes. Die Folge ist eine zunehmend einseitige Ausgabenverteilung zu Lasten der Aufgabengebiete mit schwachen Ausgabenbindungen. Das erhöht nicht nur den Druck auf die Schuldenbremse. Auch die Qualität des Bundeshaushalts insgesamt leidet darunter. Die Finanzkommission fordert deshalb mit einer Motion den Abbau der gebundenen Ausgaben. Der Bundesrat unterstützt die Stossrichtung, möchte das Ziel aber längerfristig mit Reformen im gesamten Aufgabenspektrum anpacken.**

Gemäss einem Bericht der Eidgenössischen Finanzverwaltung nimmt der Anteil der gesetzlich gebundenen Ausgaben von heute 50 Prozent bis ins Jahr 2020 auf über 60 Prozent zu. Dementsprechend werden fast zwei Drittel der gesamten Bundesmittel schon bald nicht mehr durch finanzpolitische Entscheide, sondern durch gesetzliche Ausgabenmechanismen gesteuert. Solche Ausgabenbindungen bestehen hauptsächlich im Sozialbereich und im Verkehrswesen, aber auch bei «Pflichtausgaben» wie den Schuldzinsen und den Zahlungen an die Kantone.

Die Entwicklung hin zu immer mehr gebundenen Ausgaben ist aus mehreren Gründen problematisch. Die Flexibilität des Parlaments bei Ausgabenentscheiden nimmt ab, weil ein immer grösserer Teil der Ausgaben aufgrund der Ausgabenbindungen kurzfristig nicht beeinflusst werden kann. Ausgaben werden vermehrt einseitig verteilt und notwendige Korrekturen können nur noch in einem kleinen Aufgabensegment vorgenommen werden. Unter dem Verdrängungseffekt, der von den gebundenen Ausgaben ausgeht, leiden weniger stark gebundene Aufgabengebiete wie Bildung und Forschung, Armee, Landwirtschaft und Internationale Zusammenarbeit (IZA). Dies verschlechtert insgesamt die Qualität des Bundeshaushalts.

### Wachsender Druck auf die Schuldenbremse

Eine weitere negative Auswirkung der Ausgabenbindungen ist der steigende Druck auf die Schuldenbremse. Weil für ungebundene Ausgaben immer weniger Mittel übrig bleiben, werden Stimmen laut, die eine Anpassung bei der Schuldenbremse fordern. Ausgerechnet das finanzpolitische Steuerungsinstrument, das die Schulden-

spirale der 1990er-Jahre beim Bund beendet und den grössten Staatshaushalt der Schweiz wieder auf solide Füsse gestellt hat, soll aufgeweicht werden.

### Strukturelle Reformen als langfristige Lösung

Die Motion der Finanzkommission will die gebundenen Ausgaben um fünf bis zehn Prozent reduzieren. Basierend auf der Rechnung 2016 entspricht dies einem Betrag von rund zwei bis vier Milliarden Schweizer Franken. *economiesuisse* unterstützt diesen Vorstoss. Auch der Bundesrat befürwortet die Annahme der Motion. Gleichzeitig weist er aber darauf hin, dass das Motionsziel ambitioniert und daher kurzfristig nicht realisierbar ist. Allein durch bestehende Möglichkeiten kann der finanzpolitische Spielraum nicht erhöht werden. Der Bundesrat ist deshalb der Ansicht, dass es dafür strukturelle Reformen braucht. Bis im Herbst will er ein ganzheitliches Konzept vorlegen.

### Konkrete Handlungsfelder

Der im Rahmen der Reform der Altersvorsorge 2020 vom Bundesrat ursprünglich gemachte Vorschlag bezüglich einer Entflechtung der AHV vom Bundeshaushalt würde bereits einen grossen Beitrag zum Abbau von gebundenen Ausgaben leisten. Der Bundesbeitrag an die AHV wäre demnach nicht mehr an die (exogenen) AHV-Kosten gekoppelt, sondern würde sich entlang der Mehrwertsteuereinnahmen und somit im Gleichschritt mit dem gesamten Bundeshaushalt entwickeln. Dieser Finanzierungsmechanismus hat das Parlament 2011 bei der IV implementiert. Weitere Handlungsfelder sind die Entflechtung der Verbundaufgaben im Rahmen der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA), insbesondere Ergänzungsleistungen und Prämienverbilligung, und die Fortführung des Schuldenabbaus (keine Aufweichung der Schuldenbremse), um die Schuldzinsen möglichst tief zu halten. Ferner ist auf fixe Ausgabenziele (wie z. B. bei der Armee oder IZA) zu verzichten und Zahlungsrahmen sind nur auszuschöpfen, wenn die Mittel vorhanden sind.

Das Ziel, die Ausgabenbindungen zu reduzieren und dem Bund mehr finanzpolitischen Spielraum zu geben, ist anspruchsvoll, mit politischem Willen und Ausdauer jedoch möglich.

*(economiesuisse)*

## **Rohstoff Bildung**

Immer wieder betonen Politiker aller Couleur, wie wichtig die Bildung für die Schweiz als rohstoffarmes Land sei. Das Wissen und Können der Menschen sei der einzige Rohstoff und deshalb gelte es, in die Ausbildung zu investieren. Richtig, absolut richtig. Nur: Die Politiker meinen dabei meistens schlicht und einfach «mehr Geld» für den Bildungssektor, ohne zu hinterfragen, ob unsere Bildungsfranken richtig investiert werden. Budgeterhöhung = bessere Bildung – stimmt das?

In den letzten Jahren, scheint mir, ist vor allem massiv in die Bildungsadministration investiert worden. In jedem Schulhaus haben die Lehrer einen übergeordneten Leiter, in vielen Gemeinden «braucht» es zusätzlich einen Rektor, beim Kanton sind viele weitere Bildungsfachleute am Werk – und auf Bundesebene sowieso.

Sie alle produzieren Studien, Anweisungen, Richtlinien, Vorgaben usw. usw., die schliesslich alle bei der Lehrerin und beim Lehrer landen. Statt zu unterrichten, brauchen die Lehrkräfte aller Stufen heute einen nicht unerheblichen Teil ihrer Zeit für die Befriedigung dieser administrativen Vorschriften. Ein Papierkrieg, der weder den Schülern, noch den geplagten Lehrern zu Gute kommt. Also: Mehr Geld für die Bildung hat wahrscheinlich in den letzten Jahren oft dazu geführt, dass bei den Kindern und Jugendlichen **weniger angekommen ist als davor**.

Ich habe das Privileg, geschäftlich ab und zu in Armenien zu weilen. Armenien hat mit der Schweiz Vieles gemeinsam. Es ist ein kleines Binnenland ohne Rohstoffe, dafür mit vielen Bergen. Ein Volk mit starker Identität und grossem Selbstbewusstsein – wie die Eidgenossenschaft. Der Lebensstandard ist nicht vergleichbar. Armenien ist – noch – ein armes Land. Aber ein Land, das mit viel Fleiss, Phantasie, Energie und Ehrgeiz aufholen will – und wird. Auch Armenien will seine Kinder und Jugendlichen mit viel Wissen, Können und auch Selbstbewusstsein auf ein erfolgreiches, besseres Leben vorbereiten: also in die Bildung investieren. Weil aber das Geld fehlt, kommen Phantasie und Kreativität zum Zug. Es wird auf einfache Weise gefördert – und gefordert. So wird z. B. in Armenien ab der **ersten Primarklasse zweimal wöchentlich Schach gespielt**. Das ist für die Kinder eine spielerische Herausforderung. Sicher wird nicht jedes Kind zum Grossmeister im Schach, aber was dieses Spiel alles wecken kann, dient auch in manch' anderer Hinsicht.

Bei meinem letzten Besuch im Juni traf ich kurz auch den Sohn meines Geschäftspartners. Er unterhielt sich mit mir in Englisch, erstaunlich gut. Zwischendurch versuchte er es sogar noch mit etwas Französisch. Der Knabe ist 8-jährig, kommt jetzt nach den Sommerferien in die vierte Klasse. Von der ersten Primarklasse an lernte er nebst Armenisch auch Russisch und Englisch. Und ab der dritten Klasse zusätzlich Französisch. Und, wie gesagt, zweimal wöchentlich Schach.

Vielleicht sollten auch wir weniger in Bildungsadministration und in luxuriöse Infrastruktur investieren und dafür den Lehrkräften mehr Spielraum lassen, die Kinder und Jugendlichen phantasievoll und spielerisch zu fördern, herauszufordern, zu Höchstleistungen zu animieren. Wir tun der nächsten Generation wohl keinen Dienst, wenn wir sie schonen statt zu fordern. Auch wenn nicht alle Kinder in allem voll mitkommen, so sind am Schluss auch die Schwächeren stärker, als wenn wir alle auf Mittelmass halten.

Und noch etwas könnte unsere **öffentliche Schule gleich mitbesorgen**: die Integration. Wir brauchen in der Schweiz bekanntlich Einwanderung. Wir selber haben viel zu wenig Nachwuchs. Wir wären ein rasch aussterbendes Volk, gäbe es da nicht die **Zuwanderung**. Umso wichtiger ist die **Integration**. Sie passiert am besten und schnellsten über die Kinder. Wenn in jeder Klasse im ganzen Land von zwanzig Schülern deren fünf einen Migrationshintergrund haben – wenn möglich aus fünf verschiedenen Ethnien – dann ist dies eine wunderbare Bereicherung für die ganze Klasse – und gleichzeitig eine selbstlaufende Integration – mit Rückwirkung auf die Eltern. Wenn aber umgekehrt in einzelnen Quartieren oder Schulorten 15 Schüler Einwandererkinder sind, dann ist es für die verbleibenden 5 Einheimischen keine gute Sache. Auch für die Lehrer nicht. Die gleichmässige Verteilung der Schüler auf alle Schulhäuser und Klassen ist ein rein logistisches Problem. Sicher kostet das etwas. Aber mit den bei der Administration eingesparten Kosten ist dies locker zu bewältigen. Und bewirkt einen grossen Schub – in vielerlei Hinsicht.

Phantasie, Kreativität und Mut zu unkonventionellen Lösungen sind die richtige Investition in die Bildung – nicht primär immer noch mehr Geld.

Jakob Schuler

## Diese Ausgabe wird gesponsert von

<b>mobiliar.ch</b>	<b>Generalagentur Schwyz</b> Stephan Annen	<b>Generalagentur Lachen</b> Roland Egli
	Schmiedgasse 30 6430 Schwyz T 041 819 79 79 schwyz@mobiliar.ch	Sagenriet 3 8853 Lachen T 055 451 93 00 lachen@mobiliar.ch

**die Mobiliar**

<b>Nr.</b>	<b>Datum</b>	<b>Sponsor</b>	
486	20.10.2016	Bruhin AG druck media Pfarrmatte 6, 8807 Freienbach	
487	24.11.2016	Meister & Co. AG, Schmuckmanufaktur, Hauptstrasse 66, 8832 Wollerau	
488	15.12.2016	Roesle Frick & Partner Rechtsanwälte Churerstrasse 135, CH-8808 Pfäffikon SZ Bleicherweg 18, CH-8022 Zürich	
489	26.01.2017	Industrie- und Handelskammer Zentralschweiz IHZ, Kapellplatz 2, 6002 Luzern	
490	23.02.2017	Artanova Horst AG, Bahnhofstrasse 25, 6422 Steinen	
491	23.03.2017	Elektrizitätswerk Schwyz AG, Gotthardstrasse 6, 6438 Ibach	
492	20.04.2017	karl bucher ag, Innenausbau / Einrichtungen, Bernershöhe Süd 5a, 6410 Goldau	
493	25.05.2017	Max Felchlin AG, Bahnhofstrasse 63, 6430 Schwyz	
<b>494</b>	<b>22.06.2017</b>	<b>Die Mobiliar, Generalagentur Schwyz, Schmiedgasse 30, 6430 Schwyz</b>	
495	24.08.2017	Garaventa AG, Zweigniederlassung Goldau, Seilbahnbau, 6410 Goldau	
496	21.09.2017	Wilhelm Schmidlin AG, Stahlbadewannenfabrik, 6414 Oberarth	
497	26.10.2017	Schwyzner Kantonalbank, Bahnhofstrasse 3, 6431 Schwyz	
498	23.11.2017	Meister & Co. AG, Schmuckmanufaktur, Hauptstrasse 66, 8832 Wollerau	
499	14.12.2017	Tulux AG, Licht.Lumière, Tödistrasse 4, 8856 Tuggen	
500	25.01.2018	Omida AG, Homöopathische Heilmittel, Erlistrasse 2, 6403 Küssnacht am Rigi	
501	22.02.2018	Biberbau AG, Industriestrasse 2, 8836 Biberbrugg	
502	22.03.2018	A. Tschümperlin AG, Baustoffe, Oberneuhofstrasse 5, 6341 Baar	